

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Die Europafähigkeit der Schulen stärken

Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:

Die Politik der Europäischen Union beeinflusst unser Alltagsleben unmittelbar. Rund drei Viertel der nationalen Gesetzgebung wird heute durch politische Entscheidungen in Brüssel bestimmt. Vom Bund über die Länder bis zu den Gemeinden reicht der Einfluss der EU-Politik. Auch die Weichen für einen offenen europäischen Arbeitsmarkt sind gestellt. In Studium und Lehre gehören Auslandspraktika schon heute beinahe wie selbstverständlich zur Ausbildung dazu.

Schulische, berufliche und akademische Bildung sowie Weiterbildung tragen wesentlich zur Verankerung des europäischen Gedankens bei. Die Einbindung europäischer Inhalte in Lehrpläne und Bildungsziele stärkt die Identifikation mit Europa und ermöglicht das europäische Verständnis. Ein Ziel der Bildungspolitik ist daher der kulturelle Austausch und die Stärkung des Wissenstransfers innerhalb Europas. Gegenseitiges Verständnis, Fremdsprachenkenntnisse und Mobilität sind Voraussetzungen für die Zukunft.

Für das weitere Zusammenwachsen der Länder kommt es darauf an, die Idee eines gemeinsamen Europa zu vermitteln und ein europäisches Bewusstsein zu entwickeln. Der Schule kommt dabei eine Schlüsselstellung zu. Europa im Unterricht leistet einen Beitrag zur Überwindung von Vorurteilen und fördert die Neugier auf das Leben in den europäischen Partnerländern.

Das Zusammenwachsen Europas bringt für jeden Einzelnen neue Möglichkeiten und Herausforderungen. Die Bildungssysteme müssen dies aufgreifen und gerade die jungen Bürger auf Europa vorbereiten.

I. Europaschulen ausbauen

Vor über fünfzig Jahren, im Oktober 1953, wurde die Idee der Europaschulen im Rahmen einer Initiative der jungen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Luxemburg geboren. Im Juni 1957 wurde dann die erste offizielle Europäische Schule in Luxemburg gegründet. Neben dem Ziel, die Kinder der europäischen Beamten schulisch zu versorgen, war der Grundgedanke dieser Schule und der nachfolgenden elf weiteren Gründungen in sieben Ländern, die europäische Idee frühzeitig und umfassend im Rahmen der schulischen Bildung zu verankern. Nach den verheerenden Erfahrungen der ersten Jahrhunderthälfte musste es darum gehen, die ökonomische Integration Europas durch eine kulturelle Integration zu flankieren und die Ausbildung einer europäischen Identität zu fördern. Hier haben die ersten europäischen Schulen einen richtungweisenden Beitrag geliefert. In einem zusammenwachsenden Europa gilt es, dieses Erbe und diese Erfahrungen aufzunehmen, zu vertiefen und auszubauen, indem Schulen sich ein europäisches Profil geben.

Europaschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des europäischen Gedankens in der Schulbildung. Im Zeitalter einer zunehmend stärker vernetzten

Wissengesellschaft bieten Schulen, die sich ein Profil als Europaschule geben, Schülern hervorragende Entwicklungschancen für den späteren Berufseinstieg. Sie vermitteln nicht nur interkulturelle und Sprachen-Kompetenz, sondern fördern auch in vorbildlicher Weise die Kenntnis der europäischen Geschichte, des europäischen Integrationsprozesses und das Verständnis für die Bedeutung des europäischen Projekts im Alltag der Menschen vor Ort. So verfügt unser Bundesland bislang erst über eine Europaschule.

Die jüngst von der Europäischen Kommission vorgelegte EUYOUNGPART-Studie, die die politische Bedeutung von Jugendlichen in Europa untersucht hat, unterstreicht die Relevanz von Initiativen und Einrichtungen, die junge Menschen schon frühzeitig in die europäische Debatte mit einbeziehen und ihnen helfen, ein Bewusstsein für die Bedeutung des europäischen Integrationsprozesses zu entwickeln. Europaschulen sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger Baustein zur Verstärkung dieses politischen Interesses im europäischen Kontext und müssen deutlich gestärkt werden.

Hierbei ist es besonders wichtig, Schulen aller Schulformen als Europaschulen zu gewinnen, um den europäischen Gedanken bei den jungen Menschen in Rheinland-Pfalz breit zu verankern.

II. Fremdsprachenkompetenz fördern

Um Jugendliche stärker für die europäische Idee zu begeistern, müssen weitere Begegnungsmöglichkeiten geschaffen und Sprachbarrieren abgebaut werden. Es ist ein ganzheitlicher Ansatz zum Erlernen der Sprache des Nachbarn zu entwickeln. Das bedeutet eine Fremdsprachenvermittlung von den Kindergärten über die Grundschulen bis zu den weiterführenden Schulen, von der beruflichen Bildung bis zu den Hochschulen.

Die besten Möglichkeiten zum Erlernen einer neuen Sprache und zum Kennenlernen einer anderen Kultur bieten Austauschprogramme. Nicht nur für Schüler und Studierende bietet ein Austausch große Chancen, sondern auch Lehrer müssen in Austauschprogramme verstärkt mit einbezogen werden.

Neben der Möglichkeit zur Teilnahme an Austauschprogrammen lässt sich die Fremdsprachenkompetenz vor allem durch bilingualen Unterricht stärken. Die neu gefassten KMK-Vereinbarungen für die Sekundarstufe I und für die gymnasiale Oberstufe eröffnen im Rahmen der Fremdsprachenverpflichtungen flexiblere Möglichkeiten für fremdsprachlich erteilten Unterricht in Sachfächern, die es zu nutzen gilt. Bilingualer Unterricht fördert eine erhöhte Sprachenkompetenz und befähigt dazu, Sachverhalte in den unterrichteten Fächern in der Fremdsprache zu verstehen und selbst darzustellen. Diese Kenntnisse und Fertigkeiten sind gerade in einem immer stärker zusammenwachsenden Europa von großer Bedeutung. Schüler erlangen hierdurch eine sprachliche und fachliche Zusatzqualifikation, die im späteren Arbeitsleben von unschätzbarem Wert ist.

III. Europapolitische Zusammenhänge aktiv vermitteln

Um Europa verstehen und aktiv mitgestalten zu können, muss man wissen, wie in Brüssel und Straßburg Entscheidungen getroffen werden und wie man sich selbst daran beteiligen kann. Hierzu gehören vor allem die Vermittlung von Grundkenntnissen über die europäische Geschichte sowie der Funktionsweise des europäischen Mehrebenensystems. Der europäische Gedanke darf nicht einzig im Fremdsprachenunterricht eine Rolle spielen, sondern muss in die Lehrpläne aller Fächer integriert werden, vor allem aber in die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer wie Sozialkunde, Politik, Geschichte und Erdkunde.

Ein wirtschaftlich und sozial starkes Europa werden wir nur entwickeln und ausbauen, wenn es uns gelingt, Kinder und Jugendliche dafür zu begeistern und ihre Innovationsfreude und Leistungsfähigkeit dafür zu aktivieren. Europäische Themen in möglichst vielen Fächern in den Unterricht zu integrieren, ist in diesem Sinne ein Beitrag zur Förderung der europäischen Identität sowie der europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungsperspektiven.

IV. IT-Zertifikate

Dem Einsatz von Computern und neuen Medien im Schulunterricht kommt eine immer größere Bedeutung zu. Fundiertes IT-Wissen ist eine wichtige Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Start in das Berufsleben.

Auch in Rheinland-Pfalz soll deshalb den Schülerinnen und Schülern der Erwerb von europaweit anerkannten IT-Zertifikaten ermöglicht werden. Der Nachweis zertifizierter Kenntnisse im IT-Bereich stellt eine wichtige Zusatzqualifikation dar, die den Einstieg in Ausbildung und Beruf erleichtert.

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- dafür zu sorgen, dass auch in Rheinland-Pfalz Europaschulen aufgebaut werden,
- verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, den bilingualen Unterricht an weiterführenden Schulen zu stärken und bei der Überarbeitung der Ausbildungsordnungen den Schulen Freiräume für bilinguale Unterrichtsangebote bereits in der Sekundarstufe I zu geben. Hierfür bieten sich alle nichtsprachlichen Fächer an;
- für Schüler weiterführender Schulen, die bilinguale Kompetenzen erworben haben, die Einführung multinational anerkannter Zertifikate als Bonus- und Zusatzqualifikation zu prüfen;
- die Vermittlung von Grundkenntnissen über die europäische Geschichte und die Funktions- und Arbeitsweise der Europäischen Union künftig stärker in den Lehrplänen zu verankern. Hierzu ist es wichtig, Seminare über die Grundlagen europäischer Politik als festen Bestandteil in die Studiengänge für angehende Lehrer von sozialwissenschaftlichen Fächern zu integrieren;
- das Fortbildungengagement von Lehrern in Bezug auf die Vermittlung von europapolitischen Themen, interkultureller Bildung sowie Integration von Schülern mit nicht deutscher Muttersprache besonders zu unterstützen und zu fördern;
- die Voraussetzungen zu schaffen, die Schülerinnen und Schülern Wege eröffnen, europaweit anerkannte Sprachen- und IT-Zertifikate zu erwerben;
- einen Wettbewerb zwischen den Schulen hinsichtlich besonders innovativer Maßnahmen und Projekte im Rahmen der jährlich stattfindenden Europawoche zu initiieren;
- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die europäischen Förderprogramme auch eine wirksame Unterstützung bei der Übernahme von Kosten anlässlich von Auslandsprojekten und Kontakten vorsehen.

Für die Fraktion:
Hans-Josef Bracht